

Monatsspiegel

Mai 2005



SPD

Erlangen

Die Würde des Menschen

(von Wolfgang Niclas DGB Kreisvorsitzender)

„Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“ Dieser Satz ist das Fundament des Grundgesetzes, Artikel 1.1. Wer mit offenen Augen durch die Welt geht, wird rasch feststellen, dass die „staatliche Gewalt“ oft nur eine sehr schwache Hand hat, um die Würde der Menschen wirklich zu schützen:

- Über 6 Millionen Bürgerinnen und Bürger werden von der Wirtschaft vom Erwerbsleben ausgeschlossen. Dabei gehört es zur Würde des Menschen, mit eigener Arbeit den Lebensunterhalt verdienen zu können. Der Arbeitsamtsbezirk Erlangen/Erlangen Höchststadt liegt zwar unter dem Durchschnitt der Arbeitslosenraten in Deutschland. Mit über 7.000 registrierten Arbeitslosen, steigender Tendenz und einem im regionalen Vergleich
- doppelt so hohen Anteil an jugendlichen Arbeitslosen aber viel zu hoch. Trotz mannigfacher Appelle bleiben immer noch viele Jugendliche ohne Lehrstelle, also ohne Zukunft.
- Durch Hartz IV werden Menschen mit der Zerstörung ihrer sozialen Existenz bedroht die teilweise jahrelang gearbeitet und in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt haben. Hier wird die Würde des Menschen mit den Stiefeln der Ökonomie getreten.
- Viele Frauen und Männer arbeiten in unserem Land unter unwürdigen Arbeits- und Entlohnungsbedingungen. Dabei gehört es zur Würde des Menschen, dass Arbeit existenzsichernd ist, Qualifikation und Selbstverwirklichung fördert und fordert. Mancher Einsatz von Leiharbeit als Ersatz für Dauerarbeitsplätze rechnet sich zwar be-
- triebswirtschaftlich, schafft aber im Betrieb Menschen zweiter Klasse. Werkstudenten-Verträge in Erlanger Betrieben, die niedrigbezahlt auch nach Ende des Studiums (inoffiziell) fortbestehen sind zwar gesetzwidrig und gefährden die Sozialversicherung der Betroffenen, viele schweigen aber lieber weil als Alternative Arbeitslosigkeit befürchtet wird. Der Einsatz von Subunternehmen auch zur Umgehung tariflicher Standards gehört trotz Entsendegesetz zum Alltag auch Erlanger Baustellen.
- Nicht zuletzt herrscht in der Wirtschaft seit einigen Jahren eine Auffassung, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zum bloßen Kostenfaktor erniedrigt, in der modernen Betriebskultur häufig als Arbeitsplatzunternehmer kassiert. Die Parole der Scheinfrei-

Fortsetzung auf Seite 3

Mai

1	10.00	Gewerkschaftshaus Friedrichstr.	1. Mai Demonstrationzug des DGB	S.3
2	20.00	Gaststätte Orpheus	Kreisvorstandssitzung	
3	20.00	August-Bebel-Haus	Jusos	S. 16
4	20.00	August-Bebel-Haus	AsF	S. 15
8	11.00	Stadtmuseum	60 Jahre Kriegsende	S. 20
10	20.00	Schlossgaststätte	Distrikt Tennenlohe	S. 14
11	20.00	Mohrenkopf, Schiffstr.	PG Wirtschaft- und Sozialpolitik	S. 16
17	18.00	Eiscafé Venezia	Jusos	S. 16
19	16.00	Steinbachkeller	Distrikt Anger	S. 13
24	20.00	AWO, Gaisbühlstr.	Distrikt Frauenaarach	S. 13
31	20.00	August-Bebel-Haus	Jusos	S. 16

Juni

1	20.00		AsF	S. 15
3	17.30	Haus des Handwerks	Bundestagsfraktion	S. 17
13	20.00	Gaststätte Orpheus	Kreisvorstandssitzung	
16	20.00	Gaststätte Rothelheim	Distrikt Süd	S. 14
21	20.00	Mohrenkopf	Distrikt Innenstadt	S. 13
23	20.00	Gaststätte Turnerbund	Kreismitgliederversammlung	

Kontakt

Kreisverband:

Vorsitzender: Robert Thaler

Tel.: 09131-8126522
 Fax: 09131-8126513
 E-Mail: buero@spd-erlangen.de
 Internet: www.spd-erlangen.de

Bankverbindung: Sparkasse Erlangen Kt.Nr. 12005

Bürozeiten:

Montag 9:00 bis 12.30, 15:00 bis 18:00 Uhr
 Dienstag 9:00 bis 12:30 Uhr
 Mittwoch 9:00 bis 12:30, 15:00 bis 18:00 Uhr
 Donnerstag 9:00 bis 12:30 Uhr
 Freitag 9:00 bis 12:30 Uhr

Ansprechpartnerin:
 Karin Franke - Geschäftsführung

Impressum

Herausgeber:

SPD Kreisverband Erlangen
 Friedrich List Str. 5, 91054 Erlangen

Presserechtliche Verantwortung und Leitung:

Wolfgang Peter
 Baumschulenweg 11,
 91058 Erlangen
 Tel.:09131303090
 e-mail:monatsspiegel@spd-erlangen.de

Mitarbeit: Lars Thomsen

Druck:

Gruner Druck GmbH, Erlangen

Auflage:

750 Stück

heit: „Tu was Du willst, aber sei profitabel!“ Auf der Strecke bleibt im Zweifelsfall der Schwächere. Der kurzfristige ökonomische Erfolg ist wirtschaftlichen Entscheidungsträgern wichtiger geworden als die nachhaltige Sicherung der Arbeitsplätze. Das Einhergehen

„Arbeitslosigkeit ist ein gewalttätiger Anschlag auf die körperliche und seelisch-geistige Integrität der davon betroffenen Menschen. Das Ringen um eine zukunftsfähige Arbeitsgesellschaft ist deshalb keine bloß akademische Auseinandersetzung, sondern ein Kampf um Herrschaftsinteressen, um die Zukunft der Demokratie.“

Oskar Negt „Arbeit und menschliche Würde“ Göttingen 2001

von systematischer Jagd auf sogenannte „Minderleister“ und Mobbing gegen widerspenstige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei gleichzeitig zweistelligen Gewinnraten gehört in einigen Erlanger Betrieben zum Alltag. Im Zweifelsfall werden ganze Bereiche, soweit sie die zweistelligen Vorgaben nicht erreichen: „reorganisiert, verkauft oder geschlossen“.

Alle diese Beispiele finden nicht irgendwo statt, sondern (auch) in Erlangen. Diese Beispiele stehen nicht für die Masse der Arbeitsplätze, sie sind aber immer häufiger anzutreffen.

Zu viele Menschen halten den Druck noch für Schicksal, mit dem man sich irgendwie arrangieren müsste. Viele vertrauen auf eine korrigierende Politik. Doch nichts kommt von allein. Nur wenn Menschen sich engagieren und sich einmischen, wird es besser.

Für die Menschenwürde eintreten bedeutet heute:

- Die Politik muss ihren Vorrang vor Wirtschaftsinteressen geltend machen.
- Der Mensch ist wichtiger als der Börsenkurs.
- Erwerbslose brauchen endlich faire Chancen auf feste Arbeit.

- Alle müssen das gleiche Recht haben, gesund alt zu werden, ohne im Alter arm zu werden.
- Und nicht zuletzt ist es ein Gebot der Menschenwürde, Solidarität und Hilfe nicht zu verweigern, wenn der Einzelne auf die Unterstützung der Vielen angewiesen ist.

Die internationale Solidarität war schon Grundsatz bei den Gewerkschaften als das Kapital noch überwiegend national dachte und handelte. Heute ist das Kapital heimatlos und vagabundiert als Finanz-, Waren- und Dienstleistungskapital schneller um die Welt als die schnellsten Wanderarbeiter folgen könnten.

Immer weniger Konzernverantwortliche fühlen sich angesichts scheinbar nachlassender Attraktivität des Standorts Deutschland nicht veranlasst über Besserung nachzudenken sondern über Standortwechsel. Das Goldene Kalb des schnellen Gewinns zerstört letztlich jede Menschlichkeit.

„Europa braucht endlich Zustimmung und Zuneigung der Menschen und eine konkrete Vorstellung über die eigene Zukunft. Deshalb schlagen wir vor, die solidarische Erneuerung des europäischen Sozialmodells als identitätsstiftendes Projekt zu konzipieren und als neues Leitprojekt auf die europäische Agenda zu setzen. Es soll Europa einen ordnungspolitischen Ausweg aus der aktuellen Krise weisen.“

Jürgen Peters, Erster Vorsitzender der IG Metall

Unsere Gesellschaft droht auseinandergerissen zu werden:

Exportweltmeister versus Arbeitslose
Konzerne versus Zulieferer

Alte versus Junge
Jeder versus Jeden

Menschlichkeit und Würde sind da immer weniger gefragt.

Wir müssen uns heute ernsthaft die Frage stellen: Wann finden Enttäuschte und Perspektivlose ihre populistischen Rattenfänger?

Als Stimme für Arbeit und soziale Gerechtigkeit sind die Gewerkschaften Teil einer gesamtgesellschaftlichen und internationalen Reformbewegung, die für Menschenrechte, Toleranz, entfaltete Demokratie, gelebte Solidarität sowie den Abbau von Fremdbestimmung und Ungleichheit eintreten. Dafür lassen wir uns beim Wort nehmen. Dafür laden wir Sie ein gemeinsam mit uns nach besseren Wegen zu suchen und uns für sie einzusetzen.

Darum lautete die Botschaft der Gewerkschaften nicht nur an diesem 1. Mai sondern auch für jeden Tag danach:

„Du bist keine Nummer. Du bist kein Kostenfaktor. Du hast Würde. Zeig sie!“

Aufruf zur Teilnahme am 1. Mai in Erlangen

10:00 Uhr Demonstrationzug vom Gewerkschaftshaus Friedrichstr.7 zum Bergkirchweihgelände, Entla's Keller

11:00 Uhr Kundgebung

Maiansprache **Dietmar Hexel**
(Mitglied des Bundesvorstands des DGB)

ab 12:00 Uhr: Maifest mit Musik, Infoständen, Kinderprogramm und vielen Gesprächsrunden

14:00 Uhr Rundgang zur ArbeitnehmerInnengeschichte in Erlangen. Treffpunkt: Vor dem Gewerkschaftshaus in der Friedrichstrasse

In diesem Monat	
Kreismitgliederversammlung	4
Breite statt Spitze - Antrag Jusos	5
Perteireform	6
Aus den Distrikten	10
Aus den Arbeitsgemeinschaften	14
Geburtstage	19
Rückblick	21
Aus dem Stadtrat	22
Frauenempfang	24

Jahrestage

Die Rückkehr

Die Vaterstadt, wie find ich sie doch?

Folgend den Bomberschwärmen

Komm ich nach Haus.

Wo denn liegt sie? Wo die ungeheueren

Gebirge von Rauch stehn.

Das in den Feuern dort

Ist sie.

Die Vaterstadt, wie empfängt sie mich wohl?

Vor mir kommen die Bomber. Tödliche Schwärme

Melden euch meine Rückkehr. Feuersbrünste

Gehen dem Sohn voraus.

Bertolt Brecht

2005 - Jahr der Jahres- und Gedenktage:

Vor 60 Jahren, in den ersten Monaten des Jahres 1945, versanken bis dahin noch leidlich bewohnbare Städte in Schutt und Asche, starben Hunderttausende im alliierten Bobenhagel, auf der Flucht vor der Roten Armee und in sinnlosen Schlachten unter der irrsinnigen Parole des „Endsieges“, wurden die Häftlinge der Konzentrationslager auf die „Todesmärsche“ getrieben, begann die Befreiung der Konzentrations- und Vernichtungslager, entgingen glückliche Orte wie Erlangen der Zerstörung, wurde der NS-Staat besiegt und Deutschland besetzt, berieten die Sieger in Jalta und in Postdam über die Zukunft Europas, lief die „Entnazifizierung“ an und die Prozesse gegen die Täter vor dem Militärtribunal in Nürnberg begannen.

Gemeinsamer Nenner der Ereignisse und zentrales Datum dieses Jahres ist der 8. Mai: An ihm wird die militärische Niederlage Deutschlands mit der bedingungslosen Kapitulation besiegt, die Welt vom Faschismus erlöst, der Sieg über das in der Geschichte einmalige, verbrecherische Regime gefeiert. Aus dem 8. Mai folgen die

Chance und die Verpflichtung zum Neuaufbau Deutschlands und Europas, zur Beseitigung der Wurzeln des Nationalsozialismus und zur Bestrafung seiner Verbrechen.

Auch der Haß gegen die Niedrigkeit verzerrt die Züge (B. Brecht)

Der Bombenkrieg der Alliierten gegen die deutsche Zivilbevölkerung und das Elend von Flucht und Vertreibung aus dem Osten sind in den letzten Jahren vermehrt zum Thema öffentlicher Debatte geworden. Nicht nur, so heißt die Botschaft, die vom Faschismus Überfallenen und Verfolgten waren Opfer, auch das deutsche Volk musste unendlich viel leiden. Menschlich bewegend sind ja auch die Schicksale all derer, die in den Luftschutzkellern traumatisiert oder von Soldaten der Sieger vergewaltigt wurden und die nicht Ersetzbares verloren haben: Gesundheit, Eltern, Kinder, Geschwister, Freunde, Kameraden. Niemand kann

den noch Lebenden ihre Trauer und Erinnerung nehmen.

Mögen andere von ihrer Schande sprechen, ich spreche von der meinen (B. Brecht)

Es ist aber auch schick geworden, über die Notwendigkeit und den Sinn der alliierten Kriegführung zu philosophieren, somit die Deutschen unter die Opfer des Nationalsozialismus einzureihen und letztlich den entscheidenden Unterschied zu verwischen, den von Ursache und Folge:

Alle Deutschland und die Deutschen treffenden Kriegshandlungen waren Folge des von Deutschland ausgehenden Raub- und Vernichtungskrieges. Der nationalsozialistische Staat hatte den industriellen Massenmord ideologisch begründet, zum politischen Ziel erklärt und mit der Technik und dem know-how der führenden europäischen Industriemacht in die Tat umgesetzt.

Es berührt uns, wenn noch lebende Bomberpiloten von ihrem Ensetzen und auch ihrer Scham angesichts der verwüsteten deutschen Städte berichten. Wir dürfen uns sogar freuen, wenn das Kuppelkreuz der wiederaufgebauten Dresdner Frauenkirche als Zeichen der Versöhnung aus England gestiftet wird. Und auch die Debatte, die in England über Sinn und moralische Rechtfertigung von „moral bombing“ und Flächenbombardements gegen die Zivilbevölkerung geführt wird, dürfen wir als positiv werten.

Unser Thema aber bleiben zuerst die Ursachen jener Folgen des Nationalsozialismus:

Wie konnte der Nationalsozialismus in Deutschland - und nur hier - zu einer politischen Massenbewegung werden?

Wer waren die Anhänger der Nazis und aus welchen Gründen?

Wer hat und warum den Aufstieg der NSDAP befördert und begünstigt?

Wer hätte, wann und wie den Nazis den Weg zur Macht verstellen können?

Wie kam es dazu, dass politische und wirtschaftliche Eliten Ende 1932/Anfang 1933 bereit waren, die Staatsmacht auf die NSDAP zu übertragen?

Warum wurden die Politik der Regierung Hitler und der Weg in den Krieg von diesen Eliten aktiv mitgetragen oder passiv geduldet?

„Wer vom Kapitalismus nicht reden will, soll vom Faschismus schweigen“

(Max Horckheimer)

Diese Fragen stellen wir nicht aus akademisch-historischem Interesse, sondern aus unserer Gegenwart, für die wir in Kenntnis der Geschichte Bilanz zu ziehen und Folgerungen für die Zukunft zu ziehen haben:

Wir wissen, dass nach 1945 der Bruch mit der Vergangenheit nicht so vollzogen wurde, wie das die aus den La-

gern, den Gefängnissen und dem Exil Zurückkehrenden sich erhofften. Die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus blieb oft in Ansätzen stecken, Kontinuitäten reichen bis in die Gegenwart - man denke nur an die „Nachruf-Affäre“ im Auswärtigen Amt.

Andererseits hat sich die Bundesrepublik zu einer stabilen Demokratie entwickelt, die in vielem, nicht zuletzt durch die Aussöhnung mit den ehemaligen Gegnern und die Politik der europäischen Einigung, richtige Konsequenzen aus der Geschichte der 20er und 30er Jahre gezogen hat. Dabei dürfen wir freilich nicht ignorieren, dass die Ausgangs- und Rahmenbedingungen für die Bundesrepublik ungleich günstiger waren als die der ersten deutschen Demokratie von 1918 bis 1933. Insofern sind unsere Verdienste um die gegenwärtige demokratische Stabilität doch nur begrenzt, können wir uns nicht mit unbelastetem Forscherblick bei der Betrachtung einer überwundenen Vergangenheit zurücklehnen:

Was geschieht, wenn die großen Ziele des Grundgesetzes - Demokratie, Rechtsstaat, Sozialstaat - im Zeichen vermeintlicher oder tatsächlicher wirtschaftlicher Zwänge im Zeitalter der „Globalisierung“ und scheinbarer oder wirklicher Bedrohungen der inneren und äußeren Sicherheit immer weniger auf einen Nenner zu bringen sind?

Was, wenn sich in einer liberalen, vielleicht auch libertären, in jedem Fall aber individualisierten Gesellschaft Gegenbewegungen formieren, die Verbindlichkeit, Orientierung, Gemeinschaft und ähnliches suchen?

Gelingt es uns noch oder wieder politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Perspektiven zu entwickeln und Alternativen zu formulieren, mit denen die Voraussetzungen einer humanen Gesellschaft erhalten werden und die Bereitschaft der Menschen gefördert wird, diese zu gestalten?

Aus der Verantwortung, Antworten auf diese Fragen geben zu müssen, erinnern wir nicht nur an die Ereignisse vor 60 Jahren, sondern auch an ihre Vor- und Nachgeschichte.

Wir finden es daher traurig, dass die Stadt Erlangen sich in ihrem offiziellen Veranstaltungen allein auf den Jahrestag der kampflösen Übergabe am 16. April 1945 beschränkt und die Rolle der daran Beteiligten gewürdigt hat.

Ermutigend aber ist, dass es doch viele Initiativen, Institutionen und Personen in dieser Stadt gibt, die sich verantwortlich erklären, Gedenken und Erinnerung wach zu halten und weiter zu tragen.

Stellvertretend für viele nennen wir hier das Stadtmuseum, das Theater Erlangen, das Erlanger Bündnis für den Frieden, Frau Ilse Sponsel und Frau Stromberg-Zapfe vom Marie-Therese-Gymnasium.

Die Erlanger SPD lädt an Stelle des traditionellen Bergfestes am 8. Mai zu einer Veranstaltung in das Stadtmuseum ein, damit dieser Tag auch in Erlangen in angemessener Weise begangen werden kann.

Walter Schweigert

Liebe Genossinnen und Genossen, für unsere Veranstaltung am 8. Mai, **60 Jahre Kriegsende**,

werden noch Helfer gebraucht, die in der Zeit von 10.00 Uhr bis 14.00 Uhr den **Getränke- und Essenverkauf** betreuen.

Wer bereit ist mitzuhelfen meldet sich bitte bei:

Christa Matern: christamatern@gmx.de

oder

Jochen Kraft: Kraft.Jochen@gmx.de

oder telefonisch bei Karin Franke im ABH unter: 09131 / 8126522

Für das Orga-Team

Jochen Kraft

Gleichstellungsbericht 2005

Mit dem umfassenden Antrag „Frauen fördern und gewinnen“, den unser Kreisverband 1997

nahezu einstimmig beschlossen hat, ist dieser Gleichstellungsbericht zu einer Verpflichtung geworden.

Manche werden denken – eine lästige!

Ich bin der Meinung die Beschäftigung mit dem Thema Gleichstellung ist eine Tugend, die wir weder gering schätzen noch vernachlässigen sollten, denn sie betrifft die Zukunft unserer Partei.

„Unsere Politik zielt auf ein selbst bestimmtes, selbstverständlich partnerschaftliches Miteinander von Frauen und Männern in allen Lebensbereichen“, so heißt es im SPD-Programm.

Programm- und Satzungslyrik darf uns aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen am Parteileben noch immer nicht erreicht ist, auch nicht bei uns in Erlangen.

Natürlich – davon gehe ich zumindest aus – wollen alle Mitglieder unserer Partei die gesellschaftliche Gleichheit von Frau und Mann, natürlich wird niemand der Diskriminierung das Wort reden.

Ganz so selbstverständlich ist dann schon nicht mehr die Zustimmung zur Quote, zumal sie in unserem Kreisverband hie und da sogar über die 40% hinausgeht.

Wie steht es also um die Repräsentanz von Frauen in der Erlanger SPD?

Der Frauenanteil in unserer Mitgliedschaft beträgt derzeit 36,93 % das heißt 219 Frauen sind Mitglied in unserer Partei. Das ist ein leichter Rückgang gegenüber den letzten Jahren: Im Jahre 2003 lag der Anteil bei 37,6

• Dieser leicht Rückgang liegt auch daran, dass relativ mehr Frauen ausgetreten, als im Vergleich zu den Männern eingetreten sind

• Unter den 57 Austritten des letzten Jahres waren 23 Frauen (und 34 Männer)

• Unter den 15 Neueintritten waren lediglich 4 Frauen.

• Es gibt keinerlei Hinweise, dass sich die Altersstruktur der weiblichen Mitglieder gegenüber dem Vorjahr verändert hätte: nach wie vor sind junge Frauen unter 35 und ältere Frauen über 55 in unserer Partei unterrepräsentiert.

• Angesichts des weiblichen Bevölkerungsanteils von über 51 % in Erlangen spiegeln diese Zahlen immer noch wesentliche Probleme in unserer Mitgliederstruktur wieder.

• Besser sieht die Repräsentanz von Frauen in den gewählten Gremien aus.

• Hier wird die Statuten mäßig geforderte Quote eingehalten, ja die Verhältnisse reichen an die tatsächlichen Relationen in der Gesellschaft heran:

• Unsere Stadtratsfraktion besteht aus sieben Frauen (50 %) der nunmehr 14 Mitgliedern

• Mit Gisela Niclas haben wir eine Fraktionsvorsitzende im Stadtrat

• Mit Lissy Gröner haben wir durch die Europawahl 2004 zum dritten Mal in Folge ein MdEP in unserem Stimmkreis. Lissy ist auch die Sprecherin der SPD- Frauengruppe

• Unsere Delegationen für den Unterbezirksparteitag und den Landesparteitag sind mit 50 % quotiert, auch von unseren Bezirkstagsdelegierten ist die Hälfte weiblich.

• Die Mitglieder aus den Distrikten im Kreisvorstand sind überwiegend quotiert.

• Erfreulich ist die Situation am Anger und in Frauenaarach, wo mit Sandra Radue (Anger) und Gisela Niclas (Frauenaarach) es gelungen ist Frauen zu nominieren

• Von den 10 Distrikten gibt es mit Barbara Pfister nur eine Frau an der Spitze der Distrikte. Zur Erinnerung wir

hatten auch schon mal 6 Vorsitzende in unseren 10 Distrikten.

• **Und noch eine erfreuliche Perspektive: mit Renate Schmidt werden wir nach 2006 wieder eine Frau für unseren Stimmkreis im Bundestag haben**

Liebe Genossinnen und Genossen, trotz der formalen Erfüllung unserer Gleichstellungsquoten

hat sich an den in den letzten Jahren aufgezeigten Problemen und Schwierigkeiten wenig geändert.

Im Gegenteil ist – gerade mit Blick auf aktuelle Debatten festzustellen, dass in Sachen Gleichstellungspolitik allenthalben Kämpfe ausgefochten werden müssen, um das einmal Erreichte zu verteidigen.

Deshalb bitte ich euch alle darum, euch mit dafür einzusetzen, dass das bayerische Gleichstellungsgesetz über die Befristung zum Juni 2006 fortgeführt wird.

Insbesondere ist zu gewährleisten, dass die Gleichstellungsstellen in Bayern personell und

sachlich im voll erforderlichen Umfang ausgestattet werden, damit der Verfassungsauftrag der Gleichberechtigung auch faktisch durchgesetzt werden kann.

Wir sollten uns vornehmen hierzu eine öffentliche Veranstaltung durchzuführen.

Die Stadt Erlangen trägt sich mit dem Gedanken die Bürgerinnenversammlung (1x pro Jahr) zu streichen, und hat einen solchen Beschluss im Rahmen der sogenannten Aufgabenkritik schon herbeigeführt.

Die sofortige Umsetzung ist nur durch den geharnischten Protest der SPD – Stadtratsfraktion zurückgenommen worden. Die Streichung droht aber nach wie vor. Leider stand das Thema Gleichstellung/Frauenpolitik in der Rückschau nicht auf der Tagesordnung unserer Veranstaltungen.

Dies hatte seine Ursache in der kurzfristigen Absage der geplanten Referentin im Monat Mai und war dann im laufenden Jahresprogramm nicht mehr nachholbar.

Fortsetzung auf Seite 7

RECHENSCHAFTSBERICHT

Referat für ArbeitnehmerInnenfragen

Als ich das Referat übernahm, traf ich mich mit Robert Thaler, Fred Milzarek und Wolfgang Niclas, um zu besprechen, was für Aktivitäten in den nächsten zwei Jahren wichtig wären.

Wir vereinbarten, dass ich ein bis zwei KVMs im Jahr organisiere, in denen es um das Thema des Referats geht.

Weiterhin wurde geplant, dass ich Kontakt aufnehme zu BetriebsrätInnen, und im Gespräch mit ihnen frage, was sie von der Erlanger SPD erwarten.

Da die Rechte der ArbeitnehmerInnen in der SPD traditionell das wohl wichtigste Thema ist, wollte ich hier aktiv im Kreisverband mitarbeiten.

Für die Gestaltung einer KVM nahm ich Kontakt zu Ute Maier auf, die bei der Stadt Erlangen arbeitet und vorwiegend versucht, Jugendlichen Ausbildungsplätze zu vermitteln, die hier Schwierigkeiten haben (ACCESS). Wir trafen uns zwei Mal – beim zweiten Treffen waren auch Birgit Brod und Florian Janik dabei-, um den Ablauf der KVM zu besprechen.

Leider traten nach dieser KVM in meinem familiären Bereich unvorhersehbare Schwierigkeiten auf, und ich war hier zeitlich sehr gefordert. Wie die meisten von Euch sicher bereits wissen, wurde ich dann letztes Jahr auch noch schwanger, was zwar dazu führte, dass ich jetzt eine sehr süße Tochter habe- aber leider musste das Referat für ArbeitnehmerInnenfragen darunter leiden.

Da ich ein schlechtes Gewissen hatte, weil ich mein Amt derart vernachlässigt

habe, bot ich letztes Jahr im Herbst meinen Rücktritt an. Die MitgliederInnen des GKV zeigten Verständnis für meine Situation (Vielen Dank!!!); da aber die Neuwahlen nahten, beschloss der GKV, mich im Amt zu belassen.

Ich würde sehr gern weiter im GKV mitarbeiten, aber auf meiner Prioritätenliste stehen ganz oben meine Kinder und meine Ausbildung; dies nimmt mich zeitlich so sehr in Anspruch, dass es mir leider nicht möglich ist, wieder für den GKV zu kandidieren.

Antje Junghänel

Fortsetzung Gleichstellungsbericht

Dies darf uns in diesem Jahr nicht noch einmal passieren!

Frauenpolitik und Gleichstellungspolitik ist Aufgabe der Gesamtpartei. Das muss so bleiben.

Frauen innerhalb und außerhalb der Partei sollen darauf bauen können, dass innerparteiliche Gleichstellung eine Daueraufgabe ist und nicht limitiert werden darf.

Wir dürfen und wollen nicht nachlassen in der Forderung dass so wie es in unserem Berliner Programm steht – die männliche Gesellschaft überwunden wird, weil wir die menschliche Gesellschaft wollen.

Robert Thaler



Erlanger Mieterinnen- und Mieterverein

Mörendorfer Str. 1c · 91056 Erlangen
Tel. 09131/4 32 26

Beitragssätze

Der ermäßigte Mitgliedsbeitrag in Höhe von 24,- Euro pro Jahr gilt für alle:

- Schüler/-innen
- Studenten/-innen
- Lehrlinge
- Rentner/-innen
- Arbeitslose
- Sozialhilfeempfänger/-innen
- Wehr- und
- Zivildienstleistende

Alle anderen zahlen 30,- Euro jährlich. Hinzu kommt eine einmalige Aufnahmegebühr von 2,50 Euro.

Wir bieten

- Beratung unserer Mitglieder in allen Fragen des Mietrechts. (siehe Beratungstermine)
- Informations- und Erfahrungsaustausch durch unsere Rundbriefe.
- Möglichkeit zur aktiven Mitgestaltung der Vereinsarbeit.
- Offenheit für alle Beiträge im konkreten und politischen Handeln.

Beratungstermine

Jeden Dienstag von 18.00 - 20.00 Uhr
im E-Werk an der Fuchsenwiese,
Gruppenraum 2 (3. Stock)

Jeden ersten Montag im Monat
von 17.30 - 19.00 Uhr in der Scheune,
Odenwaldallee 2

Jeden ersten Donnerstag im Monat
von 17.00 - 19.00 Uhr im
Begegnungszentrum Fröbelstr. 6,
Stadtteil Bruck

Während des Semesters jeden
Donnerstag von 18.00 - 19.00 Uhr
im Sprecherrat, Turnstraße 7

Ansonsten nach telefonischer
Vereinbarung, Tel.: 43226
(Montag bis Freitag von
9.00 - 12.00 Uhr)



Protokoll der Jahreshauptversammlung am 3.3.05

1. Eröffnung und Begrüßung

Gesammelt wurde diesmal für die Clinica San Lucas in San Carlos

2. Konstitution

a) Wahl der Versammlungsleitung
Versammlungsleitung: Hildegard Gröger und Philip Dees (einstimmig)

b) Wahl der Mandatsprüfung und Wahlkommission
Christa Matern, Heiko, Karin Franke, Andreas Richter, Gunnar Seelow (einstimmig)

c) Beschluss der Tagesordnung (einstimmig)

3. Rechenschaftsberichte

a) des Kreisvorsitzenden

b) der Arbeitsgemeinschaften AsF, Jusos und 60plus

c) Kassenbericht und Bericht der Revisoren

d) Aussprache zu den Berichten

4. Entlastung des Vorstandes

Der Vorstand wird in finanziellen Dingen bei 2 Enthaltungen entlastet.

Der Vorstand wird insgesamt bei einer Enthaltung entlastet.

5. Wahl des Kreisvorstandes

a) Bericht der Mandatsprüfungs- und Wahlkommission

Es sind 89 stimmberechtigte Mitglieder anwesend.

Bestimmungen aus der Satzung in Bezug auf die Quotierung:

Der/Die Vorsitzen/r, beide StellvertreterInnen + 10 Referenten/Innen + 2 Beauftragte = 15: Es müssen mind. 6 Frauen sein

GKV: mind. 40% eines Geschlechts

KV: mind. 40% eines Geschlechtes (= mind. 18)

b) Wahl der/des Kreisvorsitzenden
Robert Thaler wird mit 79-Ja-Stimmen,

7-Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen gewählt.

c) Wahl der beiden stellvertretenden Kreisvorsitzenden

Ursula Lanig wird mit 65, -Ja-Stimmen, 17-Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen gewählt.

Dieter Rosner wird mit 62, -Ja-Stimmen, 12-Nein-Stimmen und 14 Enthaltungen gewählt.

d) Wahl der Referentinnen und Referenten im geschäftsführenden Vorstand

ReferentIn für Finanzen:

Es kandidieren Günter Laurer und Monika Wendler.

Auf Günter Laurer entfallen 60-Stimmen und auf Monika Wendler 28-Stimmen. Es gibt 1 Enthaltung und 1 ungültige Stimme.

Damit ist **Günter Laurer** gewählt.

ReferentInnen für Organisation :

Dieses Amt soll von 2 Personen ausgeübt werden: Bei 1 Gegenstimme angenommen.

Gewählt werden **Christa Matern** mit 81-Ja (4-Nein, 5 Enthaltungen) und **Jochen Kraft** mit 82-Ja-Stimmen (1-Nein, 7-Enthaltungen)

ReferentIn für Öffentlichkeitsarbeit

Es kandidieren Benedikt Berninger und Birgit Brod.

Auf Benedikt Berninger entfallen 24-Stimmen und auf Birgit Brod 60-Stimmen. Es gibt 4 Enthaltung und 2 ungültige Stimme.

Damit ist **Birgit Brod** gewählt.

ReferentIn für Schriftführung:

Gabi Dorn-Dohmstreich wird mit 82, -Ja-Stimmen, 3-Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen gewählt.

ReferentIn für den Monatsspiegel

Wolfgang Peter wird mit 82, -Ja-Stimmen, 2-Nein-Stimmen, 1 Enthaltungen und 1 ungültigen Stimme gewählt.

Die Vertreterinnen der Arbeitsgemeinschaft AsF werden:

Birgit Hartwig und **Gertrud Reich-Schwalter**

Die VertreterInnen der Distrikte

Anger: Christopher Zwanzig und Sandra Radue

Eltersdorf: Manfred Jelden

Frauenaurach: Thomas Hain, Gisela Niclas

Innenstadt: Walter Schweigert, Dagmar Paliwal

Tennenlohe: Alfred Opitz, Hildegard Reinwardt

Die Ergebnisse werden nach der Veranstaltung ausgezählt.

Da das Kriterium der Quotierung durch die vorhandenen KandidatInnen nicht erfüllt werden kann, soll die Wahl der restlichen ReferentInnen, Friedensbeauftragten und Ausländerbeauftragten vertagt werden. (Mit Mehrheit so beschlossen)

6. Wahl der RevisorInnen:

Per Akklamation wurden gewählt: Gerd Peters und Heide Mattischeck

7. Beschluss über das Schwerpunktthema 2005

Das Thema lautet: „Bildung: und Zukunft der Arbeit“: Gegen 2 Nein und 1 Enthaltung angenommen.

8. Anträge

keine

. **Verschiedenes:**

Hinweis auf Termine

Protokollführung

Gabi Dorn-Dohmstreich

Der Stadtrat Erlangen



Schon in der Stadtratssitzung am 28. April 2005 will die Stadtratsmehrheit von CSU/FDP/FWG beschließen, dass der Redoutensaal künftig von einer **privaten „Eventgastronomie“** betrieben wird.

Das Geld für die notwendige Renovierung in Höhe von **rund 1 Million Euro** müssen aber wir **Steuerzahler** aufbringen.

Die Entscheidung soll ohne jede Bürgerbeteiligung fallen.
Mit Ihrer Unterschrift für das Bürgerbegehren
„Redoutensaal in Bürgerhand!“ können Sie das noch
stoppen.

Redoutensaal: Bürger

Fortführung von Betrieb und Bewirtschaftung kommunaler oder gemeindefreier Keine Privatisierung

Auf gezielte Nachfrage ist in diesen Tagen bekannt geworden:

Stadtspitze und Stadtratsmehrheit (CSU, FDP und FWG) wollen die Entscheidung über die Zukunft des Redoutensaals noch im April 2005 durchpeitschen.

Was ist geplant?

Betrieb und Bewirtschaftung des Redoutensaals sollen aus städtischer Hand gegeben und privatisiert werden. „Bergevent“ heißt die Firma, die schon ab Oktober 2005 über die gastro-nomische und sonstige Nutzung des Erlanger Bürgersaals bestimmen können soll.

Seit 150 Jahren für bürgerschaftliche Aktivitäten offen!

Dies wäre eine Fehlentscheidung von hochaktueller und stadthistorischer Bedeutung. Seit 150 Jahren ist der Redoutensaal als städtische Einrichtung ein Bürgersaal. Dort konnten bisher Gruppen, Vereine, Initiativen und Parteien ihre Beiträge zum kulturellen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben der Stadt leisten. Hallen und Säle, die für alle bürgerschaftlichen Aktivitäten offen stehen sollen, können keine Renditeobjekte sein.

Jetzt binnen einer Woche...

Jetzt sollen Betrieb und Bewirtschaftung im Hauruck-Verfahren binnen einer Woche (erste Ausschussbehandlung am 20. April, Entscheidung im Stadtrat am 28. April) ohne jede Bürgerbeteiligung (z.B. wenigstens eine Bürgerversammlung) dem privaten Kommerz zugespült werden. Und das unter merkwürdigen Bedingungen: Die Stadt finanziert erst einmal die

Bürgersaal in Bürgerhand

Wirtschaftung des Redoutensaals in unrentlicher Verantwortung Privatisierung

dringlich anstehenden Sanierungen und den erforderlichen Umbau. Auch die Kosten des Gebäudeunterhalts bleiben Stadtsache. Die Pachteinahmen durch „Bergevent“ werden die Kosten der Stadt keinesfalls decken.

Der Redoutensaal...

ist zusammen mit dem Markgrafentheater ein barockes Juwel unserer Stadt. Die bereits geplante bauliche und kulturelle Weiterentwicklung dieses Gebäude-Ensembles darf nicht behindert werden. Das Stadtlexikon bezeichnet das 1718 errichtete Redoutenhaus als "kulturgeschichtliche Rarität besonderer Art".

... muss Bürgersaal bleiben

Zu befürchten ist, dass nur noch wenige Tage im Jahr dem Ehrenamt verpflichtete Organisationen eine Chance haben, den Saal in Anspruch zu nehmen. Die Stadt hätte da so gut wie nichts mehr mitzureden.

So wie das Stutterheim'sche Palais am Marktplatz, das sogar schon verkauft werden sollte, Stadtbücherei bleiben muss, so wie das Wildenstein'sche und das Egloffstein'sche Palais Volkshochschule bleiben müssen, so soll der Redoutensaal unser Bürgersaal bleiben und keine private "Event-Großgastronomie" werden.

Weitere Informationen erhalten Sie unter:

www.redoutensaal-buergersaal.de,

Mail : info@redoutensaal-buergersaal.de

unterschiedene Listen senden Sie bitte umgehend an/oder direkt abgeben bei:

Gisela von Rimscha, Lammersstr. 13, 91054 Erlangen, oder Gaststätte Kulisse, Theaterstrasse 8 oder Dr. Dietmar Habermeier, Obere Karlstrasse 3 (Sammelbriefkasten) oder IG Metall, Friedrichstrasse 7.

Sind Sie dafür, dass Betrieb und Bewirtschaftung des Redoutensaals in kommunaler oder gemeinnütziger Verantwortung fortgeführt und nicht privatisiert werden, sowie eine andere Stadtratsentscheidung bis zum 30.6. nicht vollzogen wird?
Mit meiner Unterschrift unterstütze ich das oben genannte Bürgerbegehren Sollten Teile des Begehrens unzulässig sein oder sich erledigen, so gilt meine Unterschrift weiterhin für die verbleibenden Teile.“

1.	_____	_____	_____	910	_____	_____	_____
	Name	Vorname	Straße, Hausnummer, Postleitzahl		Erlangen	Geb.-Datum	Unterschrift
2.	_____	_____	_____	910	_____	_____	_____
	Name	Vorname	Straße, Hausnummer, Postleitzahl		Erlangen	Geb.-Datum	Unterschrift
3.	_____	_____	_____	910	_____	_____	_____
	Name	Vorname	Straße, Hausnummer, Postleitzahl		Erlangen	Geb.-Datum	Unterschrift
4.	_____	_____	_____	910	_____	_____	_____
	Name	Vorname	Straße, Hausnummer, Postleitzahl		Erlangen	Geb.-Datum	Unterschrift
5.	_____	_____	_____	910	_____	_____	_____
	Name	Vorname	Straße, Hausnummer, Postleitzahl		Erlangen	Geb.-Datum	Unterschrift
6.	_____	_____	_____	910	_____	_____	_____
	Name	Vorname	Straße, Hausnummer, Postleitzahl		Erlangen	Geb.-Datum	Unterschrift
7.	_____	_____	_____	910	_____	_____	_____
	Name	Vorname	Straße, Hausnummer, Postleitzahl		Erlangen	Geb.-Datum	Unterschrift
8.	_____	_____	_____	910	_____	_____	_____
	Name	Vorname	Straße, Hausnummer, Postleitzahl		Erlangen	Geb.-Datum	Unterschrift
9.	_____	_____	_____	910	_____	_____	_____
	Name	Vorname	Straße, Hausnummer, Postleitzahl		Erlangen	Geb.-Datum	Unterschrift
10.	_____	_____	_____	910	_____	_____	_____
	Name	Vorname	Straße, Hausnummer, Postleitzahl		Erlangen	Geb.-Datum	Unterschrift

Bitte beachten Sie: Sie dürfen sich nur eintragen, wenn Sie Ihren Hauptwohnsitz in Erlangen haben und kommunalwahlberechtigt in Erlangen sind.

Für das Bürgerbegehren „Redoutensaal in Bürgerhand!“ zeichnen verantwortlich:

1. Gisela von Rimscha, Lammersstr. 13, 91054 Erlangen,
2. Prof. Dr. Konrad Klek, Killingerstr. 34, 91056 Erlangen
3. Reinhold Bauer, Egidienstr. 80, 91058 Erlangen

“Die Vertreterinnen oder Vertreter werden ermächtigt zur Begründung der Zulässigkeit des Bürgerbegehrens, Änderungen vorzunehmen soweit diese nicht den Kern des Antrags berühren sowie das Begehren bis zum Beginn der Verschickung der Abstimmungsbenachrichtigungen gemeinschaftlich zurückzunehmen.“

Anger



Vorsitzender:
Christofer Zwanzig Tel.: 4003764
Christofer.Zwanzig@spd-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen

Wir laden Euch herzlich ein zum Treffen **der AngerSPD am Berg** am

Für den Vorstand mit solidarischen Grüßen

**Donnerstag, den 19. Mai
2005
ab 16.00 Uhr
am Steinbachkeller.**

Christofer Zwanzig

Frauenaurach



Vorsitzender:
Thomas Hein

Einladung zur Mitgliederversammlung

**am Dienstag, den 24. Mai
2005 um 20.00 Uhr
im AWO-Raum,
Gaisbühlstr. 4**

Tagesordnung

1. **Aktuelles**
2. **„Das ECHO“**

3. Termine

4. Verschiedenes

Für den Vorstand
Gabi Dorn-Dohmstreich

Protokoll der Distriktversammlung Frauenaurach am 6.4.05

1. Aktuelles

Gisela Niclas berichtet aus dem KV und über die Halbzeitbilanz der Fraktion.

Walter Fellermeier informiert, dass in Kriegenbrunn eine Skateranlage auf alter Kläranlage errichtet werden soll. Dies findet allgemeine Zustimmung. Da eine neue Radwegeverbindung von Frauenaurach schon besteht, ist sie auch für Frauenauracher Jugendliche gut nutzbar.

Der Zaun des Bolzplatzes ist marode. Deshalb wird eine Ortsbesichtigung

des Bolzplatzes durch den Ortsbeirat Frauenaurach, den Jugendclub Arche und Vertreter der Stadt Erlangen stattfinden.

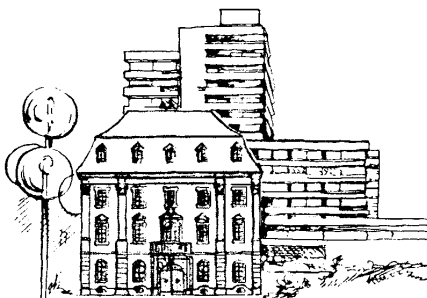
In Kriegenbrunn wird nun die Mobilfunkantenne von Vodafone auf einem e.on-Mast anstelle des geplanten neu zu errichteten Mastes der Firma Friedrich errichtet.

2. Konzeption einer weiteren Ausgabe unserer Stadtteilzeitung „Das ECHO“

Wir haben Themen gesammelt und auf die Autoren verteilt. Redaktionsschluss ist der 24. Mai. Weitere Beiträge sind willkommen.

Für das Protokoll
Gabi Dorn-Dohmstreich

Innenstadt



Vorsitzende:
Barbara Pfister Tel. 502481
e-Mail: barbara.pfister@fen-net.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
im Mai findet im Distrikt Innenstadt keine Sitzung statt. Zum Vormerken: Wir treffen und wieder am

**Dienstag, den 21. Juni
2005 um 20.00 Uhr.**

Den Ort und das Thema dieses Treffens werden wir euch in der Juni-Ausgabe des Monatsspiegels mitteilen.

Für den Vorstand
Barbara Pfister



Vorsitzender:

Jochen Kraft Tel.: 507531

e-mail: Kraft.Jochen@gmx.de

stellvertretende Vorsitzende:

Monika Wendler Tel.: 401737

e-mail: moni.wendler@gmx.de

Ost

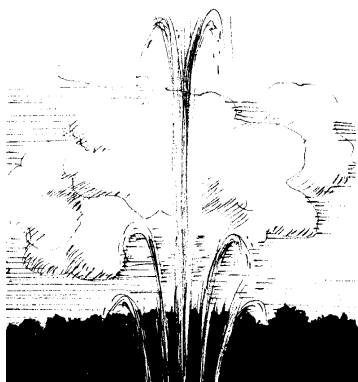
Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zu unserer
Distriktversammlung

**am Dienstag, den
10.05.2005 , 20.00 Uhr
in der Waldschänke
Lange Zeile 104**

Vorläufige Tagesordnung:

1. Aktuelles
2. Nachbesprechung Bürgerversammlung
3. Wahl der Delegierten für den KV
4. Sonstiges
5. Termine

Jochen Kraft



Vorsitzende:

Brigitte Rohr

Süd

SPD Distrikt Süd wählte neuen Vorstand

Auf der Jahreshauptversammlung des SPD-Distrikts Süd am 14. April 2005 wurde Brigitte Rohr zur neuen Vorsitzenden gewählt. Als ihr Stellvertreter wurde Benedikt Berninger ebenfalls neu gewählt. Des Weiteren gehören dem Vorstand Florian Janik als Schriftführer und der bisherige Vorsitzende Günter Laurer als Kassier an. Für den Kreisvorstand wurden nominiert Brigitte Rohr und Benedikt Berninger

Wilhelm Schmidt übernimmt weiterhin die Verteilung des Monatsspiegels.

Der Distrikt wird im kommenden Jahr vor allem die Entwicklung um die Er-

langer Bäder intensiv begleiten. Als weiteres Thema steht die Information der Bürgerinnen und Bürger über die geplante Nachverdichtung der SiWo-Ge im Bereich Stettiner Straße auf der Tagesordnung.

Einladung zur nächsten Sitzung:

**am Donnerstag, den 16.
Juni um 20 Uhr in der
Gaststätte Röthelheim**

Themen: Jahresplanung und Kommunalpolitische Halbzeitbilanz

für den Vorstand:

Brigitte Rohr, Vorsitzende

Tennenlohe

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zu unserer
nächsten Distriktversammlung

**am Dienstag, 10.05.05,
Schlossgaststätte,
20.00 Uhr**

Tagesordnung:

1. Aktuelles
2. Berichte (KV, KMV etc)
3. Aktion Anlage des Barfußwegs
4. Programmdebatte
5. Verschiedenes

Bitte folgende Termine vormerken:

Distriktversammlung am 14.06.,
12.07.

Für den Vorstand

Rolf Schowalter



Vorsitzender:

Rolf Schowalter Tel.: 601924

e-mail: RolfSchowalter@t-online.de

Protokoll der Distriktversammlung vom 12.4.05

1. Aktuelles

Wir freuen uns, zwei an unserer Arbeit interessierte Gäste begrüßen zu können.

Zum 60. Jahrestag des Kriegsendes in Erlangen soll an die ehemaligen Nazis Ohly und Lorleberg ehrend erinnert werden. Dies führte spontan zu einer teils sehr emotional geführten Diskussion. Adolf konnte aus eigener Erinnerung, und weil er sich mit der Geschichte intensiv befasst hat, die damaligen Vorgänge minutiös schildern und warb für Verständnis für diese Ehrung.

Hinweis auf die SPD-Veranstaltung zum 8. Mai (im Stadtmuseum – Statt SPD am Berg)

Wir wollen auf den Jugendclub zugehen und fragen, ob ein Interesse an einer Veranstaltung zum Thema „Wehrpflicht oder Berufsarmee“ besteht.

Christophs Memorandum zum Mathe-Unterricht ist unter „Aktuelles“ auf der Homepage der SPD-Tennenlohe abrufbar.

2. Tennenloher Bote

Rolf liest eine Zuschrift vor, die auf seinen Artikel „Schuss-sicher“ im Tennenloher Bote eingegangen war.

Themen für die nächste Ausgabe werden angedacht - noch keine konkrete Planung.

3. Spielplatz

Am 30.4. 11 Uhr wollen wir auf dem Spielplatz am Einkaufszentrum Lachnerstraße (am Rotkappenweg) einen Barfußweg anlegen. Einige Details

wurden festgelegt. Gertrud kümmert sich jetzt um die Materialien.

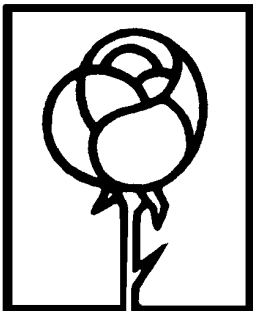
4. Sonstiges:

Alfred berichtet über neue Hiobsbotschaften zu den Arkaden: Mfi will nicht - wie ursprünglich in Aussicht gestellt - die Kosten der Verkehrsanbindung übernehmen. Auch ein „Ankermieter“ ist offensichtlich nicht vorhanden. Es wird immer klarer, dass sich der Oberbürgermeister von Mfi über den Tisch ziehen lässt.

Für die Diskussion über „Grundsatzprogramm der SPD“ blieb angesichts der aktuellen Themen keine Zeit. Rolf verweist auf SPD-Online, wo die aktuellen Informationsschriften der Arbeitsgruppen abrufbar sind.

C. Schnapper

ASF



Vorsitzende:

- Gabi Dorn-Dohmstreich Tel.: 992114
- Birgit Hartwig Tel.: 55939
- Hildegard Gröger Tel.: 502415
- Julie Mildenberger Tel.: 23435

Liebe Frauen,

hiermit laden wir Euch ein zur nächsten ASF-Sitzung

**am Mittwoch den 4. Mai
05 um 20.00 Uhr
im August-Bebel-Haus**

1. Aktuelles

2. Gender Mainstreaming

3. Verschiedenes

Für den Vorstand

Gabi Dorn-Dohmstreich

Protokoll der AsF-Sitzung am 6.4.05

1. Aktuelles

Es gibt eine kurze Information über die Bundestagskandidatur der Familienministerin Renate Schmidt für den Wahlkreis Erlangen und ihre bevorstehende Bürgersprechstunde in Erlangen.

Die Anträge aus der Bürgerinnenversammlung sind noch nicht alle behandelt. Birgit Hartwig wird in der Stadtverwaltung nachfragen.

2. Programmdiskussion

Die 3 ausgewählten Schwerpunkte des AsF Landesvorstandes sind Gleichstel-

lung, Zukunft der Arbeit und Grundwerte.

Wir diskutieren engagiert über das „Berliner Programm“ und die vorliegenden Impulspapiere. Wir sind uns darüber einig, dass der zusammenfassende Satz „Wer die menschliche Gesellschaft will, muss die männliche überwinden.“ Erhalten bleiben muss.

Was fehlt noch im neuen Programm: Gender Mainstreaming, Frauenhandel, Immigration

3. Termine:

Die AsF trifft sich regelmäßig jeden ersten Mittwoch im Monat

4. Mai: Gender Mainstreaming

1. Juni: Scharia in Nord-Nigeria

5. Juli: AsF-Versammlung



Für das Protokoll

Gabi Dorn-Dohmstreich



Vorsitzende:
Brigitte Mugele Tel.: 22397

Liebe Genossen und Genossinnen!
Im schönen Monat Mai wollen wir uns
am Berg treffen.

Ich schlage Euch als Termin den
Donnerstag, 1 .5.05
vor.

Treffpunkt: Bushaltestelle an der Berg-
straße. Uhrzeit: 18 Uhr. Dann können
wir gemeinsam überlegen, wo wir hin-
gehen wollen, je nach Witterung in ein
Zelt oder besser irgendwo außen.
Kommt möglichst zahlreich!

Eure Brigitte

Eckpunkte zur Fortschrei- bung des ‚Berliner Grund- satzprogramms

Das Berliner Programm formuliert in
den Kapiteln 1 und 11 „Die Grundla-
gen unserer Politik“ die Anforderun-
gen von SozialdemokratInnen an so-
ziale, geschlechtergerechte und öko-
logische Reformpolitik. Wie sich auch
in unserer Region zeigt, ist die klare
Parteinahme des Berliner Programms
in den grundlegenden gesellschaftli-
chen Interessenkonflikten für die gro-
ße Mehrheit der BürgerInnen, also die
abhängig Beschäftigten, die Auszubil-
denden, die RentnerInnen, die kleinen
Gewerbetreibenden und die Nichtpri-
vilegierten dieser Gesellschaft nach wie
vor hochaktuell. Wir begrüßen deshalb
den Vorschlag der Bundesprogramm-
kommission, das Kapitel 11 unverän-
dert beizubehalten. Die nachfolgen-
den Kapitel des Programms müssen
deutlich machen, dass Sozialdemokra-
tInnen der neoliberalen Entstaatli-
chungs- und Privatisierungspolitik die
Forderungen nach



Vorsitzende:
Birgit Brod
e-mail:
biggibrod@gmx.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
die Erlanger Jusos haben einen neu-
en Vorstand gewählt:

Vorsitzende:

Birgit Brod (24, Auszubildende)

Kontakt: birgit.brod@jusos-
erlangen.de

StellvertreterInnen:

Berit Merkel (16, Schülerin)

Gunnar Seelow (22, Student)

Katharina Ullmann (26, Studentin)
Andreas Wagner (21, Auszubildender)
Die nächste Termine:

**03. Mai:
Juso-Mitgliederversamm-
lung, 20 Uhr, August-Be-
bel-Haus**

**17. Mai:
Jusos am Berg, 18.00,
Treffpunkt: Eiscafe Vene-
zia**

**31. Mai:
Juso-Mitgliederversamm-
lung, 20 Uhr, August-Be-
bel-Haus**

Genauere Infos und eventuelle Termin-
änderungen gibts unter www.spd-erlangen.de!

- einer gerechten Weltwirtschafts-
ordnung und der sozialen, ge-
schlechtergerechten, ökologisch
nachhaltigen und demokratischen
Gestaltung der Europäischen Uni-
on und der Vereinten Nationen
- der Sozialpflichtigkeit des Eigen-
tums, der Ausweitung demokrati-
scher Kontrolle wirtschaftlicher
Macht und gerechter Verteilung
von Einkommen und Vermögen
- einer menschengerechten Gestal-
tung der Arbeitswelt
- Ausbau des sozialen Rechtsstaats
- einem umfassenden Angebot an
demokratisch kontrollierter öf-
fentlicher Infrastruktur
- wer die menschliche Gesellschaft
will, muss die männliche über-
winden.

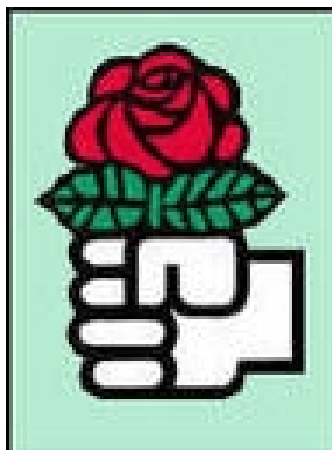
entgegenzusetzen

Beschluss der KMV vom 21.4.05

Projektgruppe Wirtschafts- und Sozialpo- litik

**11.5.2005, 20:00 Uhr:
Ort: Gaststätte Mohren-
kopf, Schiffstr.**

Thema: Antragsvorbereitung





So funktioniert die Bürgerversicherung

Klaus Kirschner, MdB
Vorsitzender des Ausschusses für Gesundheit und Soziale Sicherung des Bundestages

Horst Schmidbauer, MdB

Fritz Schösser, MdB

Freitag, 03.06.05
17.30 – 20.30 Uhr
Erlangen, Haus des Handwerks

Programm

17:30 Uhr Eröffnung und Begrüßung

Petra Ernstberger, MdB

Horst Schmidbauer, MdB

17:40 Uhr Bürgerversicherung contra

Kopfpauschale

Vortrag von Klaus Kirschner, MdB

- mit anschließender Diskussion

20:20 Uhr Zusammenfassung

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Menschen in Deutschland wollen qualitativ hochwertige medizinische Leistungen. Sie wollen, dass ihre Versicherungsbeiträge effizient und wirtschaftlich verwendet werden. Und sie wollen, dass das Gesundheitssystem solidarisch und gerecht ist.

Die SPD-Bundestagsfraktion stellt mit der Bürgerversicherung die Weichen dafür, dass im Gesundheitswesen künftig Solidarität auf neuer Basis entsteht. Wir wollen die Krankenversicherung zu einer Bürgerversicherung für alle ausbauen. Die Finanzierung des Gesundheitssystems allein über Löhne und Gehälter ist nicht mehr zukunftsfähig. Auch Einkommen aus gewerblicher und selbstständiger Arbeit müssen mit einbezogen werden, genauso Kapitaleinkommen wie Zin-

sen und Dividenden ab einer bestimmten Höhe. Dadurch sinken die Beitragsätze und die Lohnnebenkosten. Kleine und mittlere Einkommen werden spürbar entlastet. Wer gut verdient, trägt dazu bei, dass auch Menschen mit geringem Einkommen eine medizinisch hochwertige Versorgung bekommen.

Die Bürgerversicherung schafft mehr Effizienz im Gesundheitssystem und stärkt den Wettbewerb um die besten medizinischen Angebote und die günstigsten Beiträge.

Wie die Bürgerversicherung funktioniert und wie sie in die Praxis umgesetzt werden kann, darüber möchten wir Sie gerne informieren. Wir laden Sie herzlich ein, mit uns zu diskutieren und freuen uns auf Ihre Fragen und Anregungen.



Klaus Kirschner

Mit freundlichen Grüßen

Horst Schmidbauer, MdB

Fritz Schösser, MdB

Klaus Kirschner, MdB

Auskunft

Landesgruppenbüro, Arno Wallner

Telefon (0 30) 227 51731

Rückantwort (nur bei Teilnahme):

Um Anmeldung auf beiliegender Karte,

per Fax oder E-Mail wird gebeten:

SPD-Bundestagsfraktion

Landesgruppe Bayern

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Per Fax: 030 –227-56278
oder per E-Mail: wallner@spdfraktion.de

An der Veranstaltung zur Bürgerversicherung der SPD-Bundestagsfraktion nehme ich teil (Zutreffendes bitte ankreuzen)

am Freitag, 03. Juni, in Erlangen

Datum / Name: _____

Unterschrift: _____

Wir gratulieren zum Geburtstag:

Mai 2005



Wir möchten allen, die im Mai ihren Geburtstag feiern, gratulieren und wünschen für das nächste Lebensjahr alles Gute.

- 04.05. Margret Hartwig
70 Jahre
- 06.05. Christian Frank
78 Jahre
- 10.05. Stans Möhringer
60 Jahre
- 15.05. Gerhard F.P. Müller
84 Jahre
- 16.05. Willi Ermann
89 Jahre
- 17.05. Ute Preuß
65 Jahre
- 18.05. Christfried Döring
65 Jahre
- 25.05. Gerlinde Uhl
70 Jahre
- 31.05. Gisela Jellici
71 Jahre

Austritt wider Willen

Sehr geehrte, liebe Genossinnen und Genossen,

meine Tätigkeit hier in Istanbul als Beamter erlaube mir keine Parteimitgliedschaft, wurde mir mitgeteilt. In wie fern dies für eine deutsche Partei auch gilt, könnte man zwar diskutieren, aber ich möchte keinen unnötigen Ärger und bitte Sie deswegen meine Mitgliedschaft ab sofort zu beenden.

Mein Herz schlägt weiterhin links. Ich hoffe, dass mein Austritt in unserer Erlanger Zeitschrift zumindest mit Angabe des Grundes veröffentlicht wird, da ich meinen Austritt sehr bedauere.

Mit freundlichen Grüßen.

Ziya Akcetin

Sparkassen-Finanzgruppe

Ein Service, der Sie keinen Cent kostet!

Rund um die Uhr

Stadt- und Kreissparkasse Erlangen

Maestro

GERG MÜLLERMANN

Gültig bis 12/06

Aktivsparen – das neue SB-Sparkassenbuch.

Sparkasse Erlangen

Rund um die Uhr Spar-Kontoauszüge und Bargeld vom Sparkassen-Aktivsparen-Konto mit Ihrer SparkassenCard. Da macht Sparen Spaß. **Wenn's um Geld geht - Sparkasse.**

Studiengebühren in Bayern

Interview mit Wolfgang Vogel, MdL

Erstveröffentlichung in Keep Left, Juso Zeitung für Schule und Hochschule

Warum lehnt die SPD-Landtagsfraktion Studiengebühren ab?

Wir sind der Auffassung, dass Bildung, gerade auch eine wissenschaftliche Ausbildung, ein öffentliches Gut ist, dessen Förderung ein allgemeines Anliegen ist und deshalb eine genuin öffentliche Aufgabe zu sein hat. Studiengebühren führen unseres Erachtens zu einer Einengung des Hochschulzugangs und der Bildungschancen nach sozialen Kriterien. Der Geldbeutel darf jedoch nicht noch stärker zum Auswahlkriterium in der Bildung werden, als dies jetzt schon der Fall ist. Ich bin auch deswegen gegen Studiengebühren, weil sie junge Leute vom Studieren abschrecken. Was wir brauchen, sind mehr gut qualifizierte Fachleute, nicht weniger.



Der Erlanger Uni-Rektor Gröske argumentiert, ohne Studiengebühren zahle die Putzfrau dem Arztsohn das Studium. Muss daher nicht auch die SPD für Studiengebühren sein, schließlich tritt sie für soziale Gerechtigkeit ein?

Studien, die zu diesem Thema gemacht wurden heben ausdrücklich hervor, dass die behaupteten negativen Umverteilungswirkungen so nicht existieren. Die Wiederherstellung sozialer Gerechtigkeit als Begründung für die Einführung von Studiengebühren anzuführen, ist also in keiner Weise gerechtfertigt.

Im Übrigen: Die Ungleichheit von Finanzierung und Nutzung öffentlicher steuerfinanzierter Investitionen gilt für nahezu alle Bereiche: vom kommunalen Theater über die staatlichen Forschungssubventionen von großen Firmen (die kaum Steuern

zahlen) bis zum Bundesverkehrswegeplan.

Die Nutzung solcher Investitionen erfolgt nicht sozial gestaffelt entspre-

chend dem Steueranteil, der in ihre Finanzierung eingegangen ist.

Entscheidend ist doch, wie man die zugrunde liegenden sozialen Verhältnisse politisch interpretiert. Die interessantere und notwendige Frage lautet deshalb: Welche politischen Maßnahmen sind erforderlich, um den Hochschulzugang sozial weniger selektiv zu gestalten? Und: Wie kann ein gerechteres Steuersystem geschaffen werden, das auch SpitzenverdienerInnen (ob AkademikerInnen oder NichtakademikerInnen) zu einer adäquaten Finanzierung öffentlicher Aufgaben heranzieht?

Aber das Geld soll doch an die Hochschulen fließen. Verbessert sich damit nicht die Situation dort?

Meines Erachtens kommen Studiengebühren den Hochschulen nicht wirklich zugute. Die bayerischen

Hochschulen sind unterfinanziert – wie im Übrigen auch die Schulen und die vorschulischen Einrichtungen.

Studiengebühren würden daran aber nichts ändern. Angesichts der aktuellen massiven Kürzungen im Hochschulbereich, ist nicht zu erwarten, dass die Hochschulen durch die Einführung der Studiengebühren finanziell besser gestellt werden. Die Hochschulen werden nur zum geringsten Teil an den Einnahmen durch die Studiengebühren profitieren. Die Erfahrung in Bayern und anderen Bundesländern zeigt: zusätzliche Einnahmen wie beim Beispiel der Verwaltungsgebühren gehen ans Finanzministerium. Der internationale Vergleich macht deutlich, dass Länder, die Studiengebühren eingeführt haben, die staatliche Finanzierung abgesenkt haben.

Wenn es aber keine Studiengebühren geben soll - wie sollen dann die Hochschulen finanziert werden?

Bildung muss weiterhin eine zentrale gesellschaftliche Aufgabe bleiben. Dem Staat obliegt es, dafür die finanziellen Voraussetzungen zu schaffen. Der Hochschulzugang darf auch in Zeiten finanzieller Knappheit allein über die individuelle Befähigung des Studierenden geregelt werden. Eine soziale oder finanzielle Auslese darf nicht stattfinden. Was die Hochschulen brauchen sind verbesserte Mittelzuweisungen, verlässliche Rahmenbedingungen sowie Planungssicherheit. Gefragt ist also eine politische Entscheidung, die nicht nur die Zukunft der Universitäten betrifft, sondern den Stellenwert der Bildung in Bayern insgesamt.





Gedenkveranstaltung

8. Mai 1945

60 Jahre

Kriegsende

Dr. Herman Glaser

Wolfgang Vogel, MDL

Musik: Klezmaniaxx

Sonntag, 8. Mai

11.00 - 13.00 Uhr

Stadtmuseum

Martin-Luther Platz



SPD